

Liste Fritz. Tirol

Liste Fritz Pressespiegel

KW 33

**Von 12.August bis 18.August
2024**

Sozialwohnungen wurden zu Ferienapartments

In Kitzbühel mutierten gemeinnützige Wohnungen zu Ferienapartments. Stadtchef spricht von Rechtsanspruch darauf, Liste Fritz bezweifelt das.

Von Max Strozzi

Kitzbühel – Leistbares Wohnen ist in Tirol eines der brisantesten Themen. Günstiger Wohnraum ist dünn gesät, besonders in Kitzbühel, einer der teuersten Wohngegenden Österreichs. In der Gamsstadt gibt es nun Aufregung rund um eine mehrere Jahrzehnte alte Wohnanlage des gemeinnützigen Bauträgers Siedlerbund (GHS). In diesem Wohnkomplex hat Kitzbühels Bürgermeister Klaus Winkler (ÖVP) in den Jahren 2021, 2023 und 2024 bei drei Wohnungen die Änderung des Verwendungszwecks bewilligt: und zwar von Wohnungen für den ständigen Wohnbedarf in Ferienwohnungen zur kurzzeitigen Vermietung an wechselnde Personen, wie Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint nun erhoben hat.

Spricht: Aus drei gemeinnützigen Wohnungen wurden Ferienapartments für Unternehmer, konkret zur nichtgewerblichen Raumvermietung.

„Fatales politisches Signal“

Eine dieser Wohnungen gehört einem Unternehmer aus Kärnten mit einer Reinigungsfirma in Wien. Ihm wurde Anfang 2023 die Änderung bewilligt. Eine andere Wohnung gehört einem Unternehmen aus Langegg im Waldviertel, ihm wurde heuer im Juli die Änderung bewilligt. Bei ihrem Antrag an die Stadt gaben beide an, ihre künftigen Ferienwohnungen in Kitzbühel nicht an Urlauber zu vermieten oder über Buchungsplattformen wie Airbnb anzubieten. Die Wohnungen würden vielmehr den Mitarbeitern ihrer Firmen zur Verfügung gestellt. Aus den der *TT* vorliegenden Unterlagen geht hervor, dass im Jahr 2021 auch eine dritte Wohnung in dem gemeinnützigen Wohnkomplex in eine Ferienwohnung umgewandelt wurde



In einer gemeinnützigen Wohnanlage in Kitzbühel laufen Verfahren wegen mutmaßlicher Feriensitze.

Foto: imago

„**Rechtlich mögen die Bewilligungen durch Bürgermeister Winkler nicht anzutasten sein, als politisches Signal sind sie fatal.**“

Markus Sint
(Liste Fritz)

– welche genau es ist und wem sie gehört, geht daraus nicht hervor.

„Rein rechtlich betrachtet mögen die Genehmigungen durch Bürgermeister Winkler nicht anzutasten sein, als politisches Signal sind sie fatal“, kritisiert Liste-Fritz-Klubchef Sint. „Gerade in einer Stadt wie Kitzbühel, wo das Wohnen für Normalverdiener unleistbar ist, werden gemeinnützige Wohnungen in Ferienwohnungen zugunsten von Unternehmern aus Kärnten bzw. Wien und dem Waldviertel umgewandelt.“

Winkler verteidigt die Ge-

nehmigungen als rechtskonform. „Tatsache ist, dass nach der geltenden Rechtslage in Wohnanlagen drei Einheiten einen Rechtsanspruch auf Änderung des Verwendungszwecks in Ferienwohnungen haben“, sagt er.

Rechtsanspruch?

Dieser Fall sei von Seiten der Stadt sorgfältig geprüft und dem Gesetz folgend beschieden worden. „Mir ist kein Rechtsanspruch auf eine Bewilligung bekannt“, kontert Sint: „Niemand zwingt den Bürgermeister dazu, einen solchen Antrag zu genehmigen.“

Für Sint stelle sich zudem auch die Frage, inwieweit geprüft wurde, in welcher Form nicht nur diese drei Wohnungen, sondern auch andere Wohnungen in der gemeinnützigen Wohnanlage bisher genutzt wurden. Denn der Komplex besteht aus fast 100 Wohnungen. Sieben davon

„**Dieser Fall ist von Seiten der Stadt sorgfältig geprüft und dem Gesetz folgend beschieden worden.**“

Klaus Winkler (Bürgermeister
Kitzbühel, ÖVP)

hatten Personen oder Unternehmen aus Deutschland, dem Vereinigten Königreich, Tschechien, Monaco und der Schweiz gekauft.

Mehrere Verfahren laufen

Weitere 17 Wohnungen hatten Personen erworben, die beim Kauf nicht in Tirol lebten, sondern in anderen Bundesländern. Laut BM Winkler sind diesbezüglich Verfahren anhängig: „Hinsichtlich des Verdachts auf allfällige illegale Nutzung von Wohnungen als Freizeitwohnsitz wird in dieser Wohnanlage laufend geprüft und es laufen auch derzeit mehrere Verfahren.“

Venet-Deal sorgt für Nachwehen

Wer wusste wie viel? Diese Frage stellt die Liste Fritz rund um den Venet-Deal und kritisiert fehlende Transparenz. Die Bürgermeister widersprechen.

Von Matthias Reichle

Landeck, Zams – Am Venet haben die Vorbereitungen für die kommende Wintersaison schon begonnen, die Arbeiten laufen auf Hochtouren. Im Landtag sorgt der Deal zwischen den alten Eigentümern, den Gemeinden Landeck und Zams sowie dem TVB Tirol-West, und dem neuen Mehrheitsbesitzer, der Pletzer Gruppe, allerdings noch für Nachwehen.

26 Fragen hat die Liste Fritz an Landeshauptmann Toni Mattle und Tourismuslandesrat Mario Gerber in Zusammenhang mit dem Venet-Deal gestellt. Vor allem geht es dabei um die Frage, was die Gemeinderäte und TVB-Mitglieder gewusst haben, bevor sie dem sogenannten Letter of Intent (LOI) zugestimmt haben. Wurde diese schriftliche Absichtserklärung für den Einstieg der Pletzer Gruppe in die AG den Mandataren vorher vollständig vorgelegt?

In der Beantwortung von

Landeshauptmann Toni Mattle verweist man gleich zu Beginn auf den „eigenen Wirkungsbereich der Gemeinden“. Zur Frage, was der konkrete Inhalt des LOI war, bzw. welche Informationen den Mandataren vorgelegen sind, heißt es: „Es liegen keine Informationen vor.“

„Den Gemeinderäten ist der Letter of Intent vorgelegen. Dafür war die Sache zu wichtig.“

Herbert Mayer
(Bürgermeister)

Klubobmann Markus Sint (Liste Fritz) kritisiert das scharf. „Da geht es ja nicht um ein Trinkgeld, da geht es um acht Millionen Euro Steuergeld, das die Gemeinden Zams und Landeck zuschießen sollen.“ Bei solchen Summen müssten den Gemeinderäten die „Unterlagen haarklein bekannt sein“. Für Sint dürfe es da „keine Geheimnisse, keine

Sideletter und kein Halbwissen geben“. Sint geht aufgrund dieser Antwort davon aus, dass der LOI den Mandataren nicht vollinhaltlich bekannt war.

Gemeinden widersprechen

Dem widersprechen die beiden Bürgermeister vehement. Laut Herbert Mayer (Landeck) und Benedikt Lentsch (Zams) lag der Letter of Intent den Gemeinderäten schriftlich vor. „Dazu war das zu wichtig“, sagt auch Mayer.

Ganz anders sah es jedoch im Tourismusverband aus. Dort war Mitgliedern im Vorfeld der Veranstaltung die Einsicht in den Letter of Intent verwehrt worden. Das sei nicht vorgesehen, sagte der Obmann damals. Die Information erfolge vor der Abstimmung in der Vollversammlung.

„Es obliegt dem Obmann als Einberufenden und Vorsitzendem der Vollversammlung zu entscheiden, welche Unterlagen als Grundlage für Beschlussfassungen für die Mitglieder bereitgestellt werden“, heißt es nun von Landesrat Mario Gerber.

Sint übt derzeit scharfe Kritik – für ihn ist es „schludrig und dilettantisch“, wie die Landesregierung hier mit ihrer Aufgabe als Aufsichts- und Kontrollinstanz umgehe, sagt er. Aus seiner Sicht sei das fahrlässig. Kritik kommt auch aus Landeck selbst. Der Landecker Sonnenwirt Karl Graber hat gegen den Beschluss des TVB TirolWest Beschwerde erhoben. „Keinem Mitglied wurde vor der Vollversammlung Einblick in denselben zum Zwecke eingehenden Studiums gewährt, was gerade für juristische Laien eine völlige Überforderung darstellt, die Tragweite und das Haftungspotential zuverlässig einschätzen zu können“, so Graber.



Im April entschieden die Gremien (hier der Gemeinderat Landeck) über eine Beteiligung der Pletzer Gruppe am Venet.

Foto: Reichle

Raser-Strafen sollen in Tirol bleiben, Sorge um Landesbudget

Über 82 Millionen Euro seit 2020, davon alleine im vergangenen Jahr an die 25 Millionen: Das ist die Einnahmenbilanz in Sachen Raser-Strafen auf Tirols Straßen, die *TT* berichtete. Verkehrslandesrat **René Zumtobel** (SP) bekräftigt, dass Tirol auch jene rund neun Millionen Euro für sich beansprucht, welche zusätzlich an den Bund abgeführt werden, weil sie auf Landesstraßen B eingehoben werden. Obwohl Tirol hier der Straßenerhalter sei. FP-Verkehrssprecherin **Evelyn Achhorner** geht sogar noch einen Schritt weiter: „Natürlich müssen alle Strafge­lder in Tirol bleiben. Das ist bei dieser Verkehrsbelastung das Mindeste,



Die Tempo-Überwachung sorgt erneut für Debatten. Foto: Falk

was der Bund für unser transitgeplagtes Land tun kann.“

Der Klubchef der Liste Fritz **Markus Sint** sorgt

sich um das Landesbudget. „Obwohl der Schuldenstand des Landes mit knapp einer Milliarde Euro so hoch wie überhaupt noch nie ist, ist der Tiroler Landtag laufend und verlässlich im Blindflug unterwegs.“ Obwohl der Landtag Budgethoheit habe, sei er bei der Budgeterstellung nicht eingebunden und dürfe lediglich einmal im Jahr den Budgetvoranschlag der Landesregierung beschließen. Und Sint weiter: „Auch wie und auf wessen Rücken fürs nächste Jahr 40 bis 50 Millionen Euro eingespart werden, weiß der Landtag derzeit nicht.“ Die Liste Fritz fordert deshalb vehement die Einsetzung eines ständigen Budgetausschusses. (*mami, pn*)

Wieder Risse am Landhausplatz

Ist der Landhausplatz in Innsbruck überhaupt veranstaltungstauglich? Nach Sanierung gibt es neue Risse. Zuletzt zahlte das Land 267.000 Euro.

Von Peter Nindler

Innsbruck – Der 2010 um stattliche 6,3 Millionen Euro neu gestaltete Landhausplatz hält die Politik auf Trab. Schon mehrmals mussten „rostige“ Platten ausgetauscht werden. Denn regelmäßig kommen Rostflecken auf den 80 Betonplatten zum Vorschein. Schlussendlich gab es einen Generalvergleich mit den ausführenden Firmen der Arbeitsgemeinschaft Landhausplatz. Doch just bei den letztmalig durchgeführten Sanierungsarbeiten wurden im September 2023 Rissbildungen festgestellt.

928.000 Euro haben die Arbeiten gekostet, in dem gerichtlichen Vergleich einigten sich das Land und die Arge auf eine Beteiligung des Landes von 27,5 Prozent. Also auf 267.000 Euro. „Dieser Abrechnungssumme liegt der Nachweis vereinbarter sowie tatsächlich erbrachter Leistungen zugrunde“, teilte Hochbaureferent und LHStv. Georg Dornauer (SP) in einer Beantwortung einer Landtagsanfrage von Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint mit.

Wie geht es nun mit den Rissen weiter? Was ist die Ursache dafür? Letztere wird im Aufbringen hoher Punktlasten verortet, welche möglicherweise bei Veranstaltungen am Landhausplatz aufgetreten sind, heißt es. Und weiters betont Dornauer: „Mit Verweis auf eine rein optische Beeinträchtigung

der Oberflächenerscheinung sowie den Standpunkt, dass gegenständige Rissbildung durch Fremdeinwirkung hervorgerufen wurde, wird die Beseitigung der Risse nicht im Verantwortungsbereich der Arge gesehen.“

Weil es sich bei Rissen „um einen optischen Mangel handelt“, ist aktuell nicht beabsichtigt, betroffene Platten erneut zu sanieren. Allerdings, fügt Dornauer hinzu, sind bei einer künftig feststellbaren Verschlechterung die Risse durch die Arge zu verbessern bzw. zu beheben. Detail am Rande: Für die optisch mangelhafte Flächenanierung wurde der Arge ein Pauschalbetrag von 2000 Euro abgezogen.

Markus Sint kann der Vorgangsweise nichts ab-

gewinnen. Die „Pleiten, Pech und Pannen“-Serie des inzwischen sieben Mio. Euro teuren Landhausplatzes sei eine unendliche Geschichte. „Anstatt Ursachenforschung zu betreiben, tischt die Landesregierung Vermutungen auf. Geht's noch? Der Landhausplatz ist ein Veranstaltungsplatz, der Belag dort muss Belastungen aushalten.“

Für Sint sollte der Landhausplatz eigentlich ein architektonisches Kunstwerk mit Spezialbeton in Weiß werden, inzwischen sei er ein optischer Fleckerlteppich aus hellen, dunklen, kleinen und großen Platten sowie Flecken. Sein Fazit: „Ein Pfuscher am Bau, für den die Steuerzahler immer wieder zahlen müssen.“



Die rostigen Flecken mussten wieder einmal saniert werden, aber jetzt traten erneut Rissbildungen auf.